

Preußen und der Vatikan.

Am preussischen Abgeordnetentage hielt der Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg eine längere Rede über die Beziehungen Preußens zum Vatikan, in der er u. a. folgendes ausführte: Man mag zu den kirchlichen und staatlichen Fragen so oder so stehen, man mag ein Freund der Katholiken oder der Trennung von Staat und Kirche sein, niemand wird leugnen können, daß durch die letzten Dekrete aus jüngster Zeit eine tiefe Bewegung in Deutschland entstanden ist. Ihren stärksten Anstoß hat sie erhalten durch die Bestimmungen über den Antimodernismus. Diese Bestimmungen berühren das Verhältnis des einzelnen Katholiken zu seiner Kirche und entziehen sich so ihrem Inhalte nach einer Diskussion, die das

Verhältnis des Staates zur Kirche

zum Gegenstande hat. Diese grundsätzliche Auffassung befragt aber nicht, daß der Staat über die Folgen hinwegsehen könnte und mühte, die sich daraus für das friedliche Nebeneinanderleben der Konfessionen ergeben. Dieses friedliche Nebeneinanderleben ist in jedem Kulturlande ein unmittelbares Staatsinteresse. Wenn ich zunächst auf unsere katholischen Landesteile sehe, so hat sich ein Widerstand gegen die Anordnungen der Kurie nur in ganz vereinzelten Fällen ergeben, im ganzen sind Episkopat, niedere Klerus und Laien einmütig in der Anerkennung der vollkommenen

Zufriedenheit der Kurie,

berartige kirchliche Anordnungen zu erlassen. Das ändert aber nichts daran, daß Bedenken darüber entstehen können, ob es notwendig und zweckmäßig war, diese Dekrete für Deutschland zu erlassen. Der Herr Kultusminister hat durchaus zutreffend bereits in der Kommission von der Ministerialkommission, die nach dem Urteile mancher Kreise die katholischen Fakultäten durch den Antimodernismus erfahren haben, von einer Milderung, die sogar für den Bestand dieser Fakultäten ausschlaggebend werden kann. Man hat sogar gemeint, er sei mit den Grundrechten der Verfassung unvereinbar. Das trifft natürlich nicht zu. Nun ist gefordert worden, die Regierung müße die Maßnahmen der Kurie

mit scharfen Gegenmaßnahmen

beantworten. Als solche sind genannt worden die Aufhebung der Fakultäten, die Aufhebung des weltlichen Unterrichts durch die beiden Gymnasiallehrer, Aufhebung unserer Geländekasse am Vatikan. Sie wollen mir gestatten, daß ich auch auf die letztere Frage eingeehe, die beim Giat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten besprochen werden soll, aber sie hängt mit den hier zur Verhandlung stehenden Gegenständen so eng zusammen, daß ich nicht ganz darüber hinweggehen kann. Wenn ich die Verhältnisse in Preußen und in Deutschland richtig beurteile, so hat bei uns niemand

Schnuscht nach dem Kulturkampf.

Weil Konfessionen sind befreit gewesen, friedlich miteinander auszukommen, und wo Glaubensgegenstände, konfessionelle Gegenstände einmal wieder hervorgetrieben sind, da hat, wie ich glaube, auf keiner Seite die Absicht vorgelegen, einen Kampf heraufzubekommen. Dieser Stimmung im Volke hat die Regierung durchweg Rechnung getragen. Aber ich kann nicht finden, daß alle Maßnahmen der Kurie aus letzter Zeit diejenige Kenntnis und Berücksichtigung der preussischen und deutschen Verhältnisse zur Grundlage gehabt hätten, die unerlässlich ist, um den besiedigenden Zustand, unter dem wir leben, unterbreitet zu erhalten.

Wunsch und Wille des Papstes

ist der Frieden, das hat er wiederholt behauptet. Herr v. Bethmann-Hollweg wendet sich dann zu dem Unterrichts in höheren Schulen und fährt fort: „Meine Herren, ich habe Verständnis für die Auffassung, die in manchen Kreisen herrscht, daß es bedauerlich sei, den Unterricht im Deutschen und in der Geschichte Preußen zu übertragen, die in ihrer Bedeutung durch den Antimodernismus jedenfalls

enart gebunden sind als Lehrer, die diesen Eid nicht geleistet haben. Aber es handelt sich doch darum: soll nun dieser Unterricht mit einem Schlage beseitigt werden? Unzweifelhaft bildet gerade diese Frage eine

neue und beklagenswerte Reibungsfläche zwischen Staat und Kirche, zwischen den gegenseitigen Konfessionsanschauungen, und so lehrt es der Staat bedauern muß, daß diese Reibungsfläche — ohne sein Verschulden — entstanden ist, ein so lebhaftes Interesse hat er, diese Reibungsfläche, soweit es an ihm liegt, zu beseitigen. Darum wird der Staat sich in Zukunft gezwungen sehen, in der Regel darauf Verzicht zu leisten, Geistlichen, die den Eid geleistet haben, an Gymnasialen Unterricht, z. B. im Deutschen, in der Geschichte, neu zu übertragen.

Nur mit kühlem Kopfe

können wir ohne eigene Verschuldung über die gegenwärtigen Zustände hinwegkommen, wenn wir in aller Ruhe unsere Maßregeln ergreifen, und dabei an der Hoffnung festhalten, daß es sich um einen Zustand handelt, der bei den persönlichen, dem Frieden geltenden Neigungen des Volkes nur als vorübergehend anzusehen sein möchte. Die Vorstellung, daß die Regierung vor irgend einer ersten Auseinandersetzung auch mit Rücksicht auf die

politische Stellung des Zentrums

zurückzuweichen, ist kleinlich. Dieser Vorwurf mag in Deutschland populär sein und ihm ist noch kaum irgend ein preussischer Staatsmann entgangen. Auch unser größter Staatsmann, auch Bismarck nicht. Alle Parteien werden dem Vaterlande keinen größeren Dienst leisten können, als wenn auch aus dieser Debatte Klarheit hervorgeht, daß es uns allen um Aufrechterhaltung des Friedens zu tun ist, und daß wir alle den Wunsch hegen müssen, der preussische Staat möge diesen Frieden wahren, solange es ohne eine Milderung seiner wesentlichen Interessen und seiner Würde geschehen kann.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm hat die von Wilhelmshafen aus der Insel Helgoland einen Besuch ab, wo der Monarch die Besichtigungsreise beschloß, und begab sich dann über Bremerhaven nach Bremen.

* Bei der Reichstagswahl in Friesland wurde Reichsanwalt Thoma (liberal) mit 14 380 Stimmen gegen den Anwärter Gummig vom Zentrum gewählt, der 12 778 Stimmen erhielt. Bei der Hauptwahl am 28. Februar hat Thoma (liberal) 10 588, Gummig (Zentrum) 11 856 und Schreinerweiser (Spartak) 3808 Stimmen erhalten. Den Liberalen sind also, der sozialdemokratischen Wahlparole gemäß, fast sämtliche von der Sozialdemokratie im ersten Wahlgang aufgeführten Stimmen zugefallen, während der Zentrumskandidat noch 920 Stimmen mehr als in der Hauptwahl erhalten hat. Mit diesem Wahlausgang ist dem Zentrum das erste Mandat seit dem Abgang des Fürsten Bismarck und das erste von 38 Reichstagsmandaten verloren gegangen, die es von den 48 in Bayern bisher bezieht hat.

* Der preussische Minister des Innern und der Kultusminister haben im Anschluß an die Vorgänge in der Erziehungsanstalt Marienfließ, wo nach den Ergebnissen einer Gerichtsverhandlung gegen den Leiter die Zöglinge grausam mißhandelt worden sind, die Strafbestimmungen für die königlichen und provinzialen Erziehungsanstalten dahin geändert, daß für körperliche Züchtigung der nicht mehr schulpflichtigen Zöglinge höchstens zehn Hiebe mit einem halben oder vierstündigen Stocke zulässig sind.

Frankreich.

* In der Kammer entwickelte der neue Ministerpräsident Delcassé sein Programm und erklärte neuer dem Gesandten der Vereinigten Staaten, er werde die Schritte zu thun fertig machen, daß sie auf den ersten

telephonischen Anruf sofort freigesetzt sei. Das jährliche Anwerben der Kräfte für sein Kräfteprogramm bezifferte der Minister auf nur 15 Millionen.

Spanien.

* Unkontrollierbare Berichte aus Madrid besagen, daß auf den Zug, in dem sich Adria Alfons von Madrid nach Alcazar de San Juan, ein Attentat geplant gewesen sei. Angeblich wollten Anarchisten den Zug kurz vor seinem Ziel zum Entgleisen bringen. Der verunglückte Adelsfürst wurde verhaftet und hat sich im Gefängnis erhängt.

Italien.

* In der kaiserlichen Kammer kam es, weil der Präsident sich weigerte, einem Abgeordneten einen Ordnungsruf zu erteilen, zu heftigen Szenen, in deren Verlauf ein Abgeordneter einem anderen ins Gesicht spie. Die Regierungspartei räumte das Quasi und die zurückbleibenden Regierungspartei verlangten härter den Rücktritt des Ministeriums. Daß die Regierung diesem Verlangen Folge leistet, ist indessen nicht anzunehmen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag führte am Dienstag die Beratung des Bundesrats zu Ende. Zum Titel „Freibau des Verkehrs von Grundbesitzern“ (Verkauf des Landesbesitzes) legten die Abgeordneten zwei Resolutionen vor. Die der Bundeskommission erliefte den Reichstagsrat, dahin zu wirken, daß der Kaufpreis für das Gebiet durch die Art der Behandlung dem Reich nicht verliert werde. Eine förmliche Resolution erliefte, im Interesse einer großzügigen Behandlung etwaiger Verbindungsbedingungen zu unterstützen, sofern der Kaufpreis dem Reich nicht verliert werde. In der Debatte wurde die staatsrechtliche Seite und die Gefährdung des Verkehrs des Landesbesitzes nochmals ausführlich erörtert. Die Mehrheit billigte das Vorgehen der Reichsregierung und erhob auch nicht den Anspruch, daß die Möglichkeit des Kaufgeschäftes von der Genehmigung des Reichstags abhängig gemacht werde. Die Resolution der Bundeskommission wurde angenommen, die der Reichstagsrat ablehnt. Das Quasi nahm dann das Gesetz über die Friedensbedingungen des Reichs in dritter und der vierter Lesung an. Am 8. d. Mts. hielt auf der Tagesordnung die Beratung des Post-Gesetzes beim Titel „Staatssekretär“.

Abg. Gröber (Zentrum): Die Regierung ist Schuld an der Unzufriedenheit der Beamten. Sie hat den von uns ausgehenden weitestgehenden Wünschen ein Unannehmbar entgegengezeigt. Aus dem Gebiete des Beamtenrechts liegt nach der Zeit im argen. Wir beantragen die baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes betr. Neuordnung der Dienstverhältnisse der Reichsbeamten. Dadurch soll das Disziplinarverfahren mit dessen Garantien verbleiben und das Wiederwahlrecht für Beamte aufgehoben werden. Wir beantragen ferner eine Statistik über die Familienverhältnisse der Reichsbeamten.

Abg. Eichhoff (Spartak): Die Anträge stimmen wir zu. Wir leben im Staat den ersten Schritt in der neuen Sparpolitik. Der Staatssekretär sollte berechnete Wünsche nach Vorfragen nicht ablehnen! Der Verleher sollte nicht fälschlich verteidigt werden. Wie steht es mit dem Einheitsverloren im Reichsbahnwesen, dem auch Herr v. Stephan zugestimmt hat? Und wie mit einem Postvertrag von 30 Pf. für ein Adspaket? Die Postverwaltung hat kein Recht, eine Privatkonkurrenz im Güterverkehr zu hindern.

Abg. Eichhorn (Spartak): Der Übergang der Postverwaltung ist ja ganz anders, doch sollte die Post nicht nur der Bundesverwaltung dienen, sondern ein Verkehrsministerium sein. Herr Gröber liegt den Sparmaßnahmen. Er ist laub gegen die meisten Reformvor schläge. Hoffentlich bleibt man uns mit der Telephonreform und dem Einheitsverloren von Verbe. Man sollte ständige untere und mittlere Beamte in höherer Stellung aufheben lassen. Redner bringt einige Verbesserungen vor. Wir sind bereit, in eine Gesetzgebung zu wissen, um die Verbesserung der unteren Beamten zu steigern. Die Forderung, die für die Reichspost arbeiten, müssen Tarifverträge abschließen.

Abg. Dröschler (Spartak): Meine Freunde haben eine andere Auffassung von den Aufgaben der Postverwaltung als der Reichstag. Er hat den über die Postverwaltung geäußert, eine Forderung der Beamten und eine Bewahrung des Verkehrs. Aber aus Steuern wollen die Herren das Postamt dem Reich. Die Reichspost wird für den Reichstag und den Reichstag. Der Reichstag wird für den Reichstag.

Wir haben alle Ursache, der Verwaltung dafür dankbar zu sein. Die Ausgaben waren, daß sich die Verwaltung einer außerordentlichen Sparmaßnahme bedient hat. Auch beim Personal läßt man eine Sparmaßnahme walten. Diese beruht auf der Veranschlagung der Personalverhältnisse. Wir wünschen, daß keine neuen Anwärter für mittlere und höhere Stellen zugelassen werden. Doch dürfen die Anstellungsverhältnisse nicht verschlechtert werden. Die höheren Beamten sind am schmerzlichsten betroffen. Die Sozialdemokraten wollen immer bezüglichen und die Beamten erhöhen und fragen nicht, wobei das Geld kommen soll. Sie wollen für die Beamten den Beamten nur mit Danksagen kommen. Wir beklagen, daß nicht alle Wünsche der Beamten erfüllt werden könnten. Aber wir waren eben nicht in der Lage dazu. Die neuen Maßnahmen der Verwaltung billigen wir. Jedemfalls ist die Verwaltung zur Berücksichtigung des Verkehrs alles möglich. Wir wünschen, daß der Reichstag sich noch ein recht langes unheilvolles Leben führen möge.

Staatssekretär Gröber: Die Frage des Disziplinarrechts der Beamten wird jetzt geprüft. Wir hoffen in einem baldigen Ergebnis zu gelangen. Bei verschiedenen Eintragungen in die Personalakten werden jetzt schon die Posten angeordnet. Die gewünschte Statistik will ich gern liefern, sie kostet aber Zeit und Geld. Die im nächsten Herbst geforderte Möglichkeit der Wiederholung der Prüfung erscheint nicht angedacht. Dankbar erkenne ich an, daß alle Redner betont haben, daß wir im Reichstag wirksam sein müssen. Wir haben im vorigen Jahre keine neuen Stellen gefordert, bitten aber, diejenigen, die mit im neuen Staat nach sehr reichlicher Überlegung verlangen, zu bewilligen. Sie sind durchaus notwendig für den Betrieb. Man ist gefordert worden, daß wir bei der Abgabe von Leistungen nur Firmen beschäftigen, die ihre Arbeiter angemessen behandeln. Das geschieht schon. Es ist ausdrücklich eine Bestimmung erlassen worden, wann aus Lieferanten beschafft werden sollen, die die Sicherheit gewährleisten, daß sie die Anforderungen ihrer Arbeiter und Handwerker erfüllen. Unternehmern, die ihre Beschäftigten nicht zahlen, werden ausgeschlossen. Bezüglich der Kaufverträge kann ein einzelner Beamter nicht einseitig vorgehen. Es muß eine Beschäftigung über beteiligten Beamten stattfinden. Eine einseitige Kündigung des Vertrags ist für den Staat nicht zulässig, wenn man die Beamten, die man auf der einen Seite erhebt, durch Entlassung auf der anderen Seite gutmacht. Das ist also nur möglich, wenn alle Staaten zustimmen. Wenn das die Verwaltung des Reichs eine enorme Steigerung des Inflationserforders zur Folge. Alles damit ist noch nicht ohne weiteres eine Erhöhung der Einnahmen gesichert. Ich glaube nicht, daß dem Reichsminister des nächsten Reichstages die Finanzen aller in Frage kommenden Länder je gut sein werden, daß man ein einheitliches Verloren wird beschließen können. Die Einnahmen der reichlichen Postverwaltung, aber die hier gelangt wird, bedeuten wir lebhaft und sind bereit, Verfügung herbeizuführen, aber als diplomatischen Wege ist das nicht zu erreichen. Die Fragen aber unter Verhältnissen gegenüber den Postverhältnissen sind nicht neu. Sie verlangen immer noch ein Einverständnis gegenüber den privaten Anhalten; wenn das aber nachteilige Folgen für die Postverwaltung hätte, dann würden Sie uns gewiß vorantreiben. Den Wünschen nach Einführung von Verloren grammen lege ich hauptsächlich gegenüber, aber die Bedingungen zwischen dem Reichsminister haben nicht mit dem Reichstag geklärt. Das die Verwaltung des Reichsminister anlangt, so werden wir dies in einem neuen Gesetz regeln. Bis jetzt sind wir noch im Verlorenverloren.

Abg. Stresemann (Zentrum): Wie können auf der einen Seite die Einführung von Postverloren und auf der anderen Seite die Einführung von Verloren verstanden werden. Ein Verloren in eine sozial höhere Stellung sollte man den unteren Beamten nicht verweigern. Die Organisationen der Postbeamten dürfen nicht unterdrückt werden. Die Anforderungen des Reichsminister, muß die Verwaltung des Reichsminister anlangt, so werden wir dies in einem neuen Gesetz regeln. Bis jetzt sind wir noch im Verlorenverloren.

Abg. Stresemann (Zentrum): Wie können auf der einen Seite die Einführung von Postverloren und auf der anderen Seite die Einführung von Verloren verstanden werden. Ein Verloren in eine sozial höhere Stellung sollte man den unteren Beamten nicht verweigern. Die Organisationen der Postbeamten dürfen nicht unterdrückt werden. Die Anforderungen des Reichsminister, muß die Verwaltung des Reichsminister anlangt, so werden wir dies in einem neuen Gesetz regeln. Bis jetzt sind wir noch im Verlorenverloren.

Abg. Stresemann (Zentrum): Wie können auf der einen Seite die Einführung von Postverloren und auf der anderen Seite die Einführung von Verloren verstanden werden. Ein Verloren in eine sozial höhere Stellung sollte man den unteren Beamten nicht verweigern. Die Organisationen der Postbeamten dürfen nicht unterdrückt werden. Die Anforderungen des Reichsminister, muß die Verwaltung des Reichsminister anlangt, so werden wir dies in einem neuen Gesetz regeln. Bis jetzt sind wir noch im Verlorenverloren.

Abg. Stresemann (Zentrum): Wie können auf der einen Seite die Einführung von Postverloren und auf der anderen Seite die Einführung von Verloren verstanden werden. Ein Verloren in eine sozial höhere Stellung sollte man den unteren Beamten nicht verweigern. Die Organisationen der Postbeamten dürfen nicht unterdrückt werden. Die Anforderungen des Reichsminister, muß die Verwaltung des Reichsminister anlangt, so werden wir dies in einem neuen Gesetz regeln. Bis jetzt sind wir noch im Verlorenverloren.

Ursula Drenck.

4) Roman von Paul Grabsin.

Noch zwar war Ursula es nicht, aber Fred durfte es nicht erst dahin kommen lassen; es galt jetzt ernstlich, ihre Herzensruhe und seine heillosen Rechte zu schützen!

Aber es mußte das unanfassig geschehen, daß Ursula nicht gerade dadurch erst die Augen geöffnet wurden. Fred suchte daher die Braut zunächst einmal in eine ernsthafte Unterhaltung zu geben, ihre Interesse von Fred abzulenken. Er begann, in Antwortung auf seine letzten Worte, von der Zukunft zu sprechen, wenn sie als eine kleine Doktorfrau ihm auch in beruflicher Dingen treu zur Seite stehen würde.

„Wie traumlich könnte ich mir das denken, wenn wir dann so abends still beieinander sitzen, und ich erzähle dir von allem, was ich tagtäglich erlebe.“

„Ach ja, Schatz, das kann möglich werden!“ Natürlich schmeigte sie sich einen Augenblick mit ihrer Schulter an seinen Arm, daß es ihn freudig durchdrückte. Wohl, sie war doch noch ganz klein! Aber gerade wie er ihr ein solches Wort der Schwelgerei des Ehestandes wollte, sah er sie plötzlich mit drohender Miene Fred anblicken, dessen lebende Blüte sie eben mit hellem Aussehen anstarrte.

Dieser Grimm schob Ursula ins Herz. Er hätte dem ledernen Mädchenkloster da an die Rechte geben können! Unwillkürlich legte er seine Rechte um Ursulas Arm, wie um sie an sich zu ziehen — zu ihm, dem sie gehörte. Im selben

Augenblick hob aber der Vater drüber den Kopf, und mit eleganter Bewegung präsentierte er das Glas erst der Ursula, dann der Ursula. „Prost — ever Wohl!“

Schnell erhob auch Ursula ihren Kelch: „Danke — denn!“ rief sie glückselig hinüber. Es war ja heute so einzig schön, und alle die ihren nahmen teil an dieser Freude. Dort oben der Vater und die Tante — sie nickte ihnen strahlend mit rosig erhellten Wangen zu — neben ihr Ursula, sie streifte mit ihrem Arm seine Hand zärtlich an sich, und da drüben Fred, der Augenübertraute, mit seinem blühenden, festen Bismarcksgesicht und den lachenden Augen. Ein so lieber Junge!

Und plötzlich schob es ihn durch den Kopf, daß sich der Verlobten noch immer ganz steif „Sie“ mit ihm nannte — mit Fred, der doch so gut wie ihr liebhabender Bruder war. Doch eigentlich zum Vorne! Ihrem Innern sofort nachgebend, warf sie den Kopf zu Ursula herum, der eben dem elenden Kwana gedörrt — mit mehr reservierter Miene lächlig Fred beschied getan hatte.

„Nein, Schatz, wie lächerlich, daß du und Fred euch noch immer „Sie“! Heil lächelte sie auf. „Nimm, trink doch Brüderchen, wie dich gehört.“

Und sie wollte verrätlich dem Vater zu, der ihre Worte gleichfalls vernommen hatte und nun, seiner autwärtig-lebhaftigen Natur nachgebend, fröhlich nickend sofort seinen Kelch fröhlich zu der ceremoniellen Handlung.

Da sah sie plötzlich einen heftigen, schmerzhaften Ausdruck an ihrem Arm, wo Ursula's Hand

war, und sah nun ganz erschrocken auf den Verlobten. Mein Gott, wie sah der denn aus? Ganz finster, fast grünlich! Ach, was hatte sie denn nun nur jetzt wieder angebracht? Ganz ahnungslos in ihrer harmlosen Fröhlichkeit!

Wagand hatte in der Tat einen heftigen Jörn auf Ursula. Nun auch das noch: Schmelz mit dem Verlobten, dem er sonst was hätte antun können! Und er konnte sich doch nun eigentlich nicht mehr der Aufforderung entziehen, die selber ja so unverkennbarerweise hier, gewissermaßen öffentlich, an ihn gerichtet worden war. Er sah ja auch schon, wie der drüber sein gefälltes Glas erheben und ihm herüberreichen wollte. Er mußte also gute Miene zum bösen Spiel machen.

Schon suchte auch seine Finger zum Wackeln; da tropfte es aber plötzlich in ihm auf: Nein! Trotz allem nicht! War er so schwach, so charakterlos, sich durch diese Zurüstigkeiten, durch einen trüben Einfall seiner Braut zu einem Schritt zwingen zu lassen, der für ihn seiner Würde nach mehr als eine lächerliche Zeremonie war? Er hatte bisher nur immer Leute gegut, die ihm innerlich nahe standen und so sollte es auch bleiben.

Wagand gab sich einen Ruck, und mit einem leichten Nicken, nicht unfreudlich, aber doch zurückhaltend, verneigte er sich zu Fred hinüber, der gerade das Glas ihm entgegenstreckte.

„Verdon!“ bot er leicht. Ursula hat uns da eben in eine kleine Berlegenheit gebracht. Ich bin überzeugt, Sie denken ebenso wie ich, Herr

Drenck, daß ernstliche Kräfte lieber erst Schmelz trinken, wenn sie sich bereits längere Zeit kennen. Nicht wahr? Also in diesem Sinne! Und er trank Fred zu.

Dem jungen Offizier schob unmerklich eine lächelnde ins Gesicht, und seine Hand mit dem Glas zog sich mit einem Ruck zurück, so heilig, daß der schlammende Trank das Tafelgeschloß neigte.

„Danke!“ rief er kurz hervor, den Kopf mit einem Nicken im Auge sekundärs durchbohrend wie mit einer klaren Klinge. Im übrigen ganz Ihre Meinung!“ Und ohne ihm Beschuldigung zu tun, wandte er sich dann gelächelt seiner Dame zu; auch Ursula freute sich nicht wenig.

Das Mädchen hatte den Verlobten sojannulos an: Was war denn das? Warum dies öffentliche Rückweilen, diese Verleugung des Weines? Was hatte er denn Ursula getan? Ursula sah diese Worte auf sich halten, und es machte ihn noch gereizter. Daß sie ihn jetzt noch anklagte wegen einer peinlichen Situation, die sie doch allein herbeigeführt hatte! Auch schien es ihm, daß man ihn an der Tafel beobachtete. All das machte Wagand nur noch härter, und das von Ursula erwartete tolle Wort der Aufklärung, der Aufklärung sollte so nicht von seinen Lippen. Dies viel wiederum auf ihrer Seite eine gerechte Erwählung wach, und so erhielt denn Ursula, als er sich nach einer Weile ihr wieder im Gespräch zu nähern suchte, gar keine oder nur ganz kurzgefällige Antworten.